

Niederschrift

über die 57. Tagung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Stadt Haldensleben am 10.09.2013, von 17:00 Uhr bis 17:55 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Kleiner Beratungsraum (Zimmer 123)

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 13.08.2013
4. Vorstellung Stadtrezeption - BE: Katharina Luther und Gabriele Brusche
5. Mitteilungen
6. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

7. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 13.08.2013
8. Mitteilungen
9. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 5 Mitglieder des Ausschusses sowie Herr Scholtz und Herr Schiefer, sachkundige Einwohner, anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt; damit wird die Tagesordnung entsprechend der Einladung abgehandelt.

zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 13.08.2013

Zum öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 13. August 2013 bestehen keine Einwände.

Um 17.03 Uhr kommt Stadtrat Tim Teßmann hinzu, somit sind 6 Ausschussmitglieder anwesend.

Dezernent Otto habe eine Anmerkung betreffend den TOP 6.1. der Niederschrift vom 13.08. 2013. Stadtrat Gunter Ranzinger hatte die Verwaltung darum gebeten, zu den finanziellen Auswirkungen, die sich durch die Änderung des KiFöG ergeben haben, zu berichten. Bürgermeister Eichler hatte geantwortet, dass dazu frühestens im Oktober Aussagen getroffen werden könnten. Dezernent hatte aber bereits vor 1 oder 2 Sitzungen mitgeteilt, dass die Verwaltung im Grunde genommen erst nach einem halben Jahr eine Einschätzung treffen könnte, da die Einrichtung nach den Sommerferien vergleichsweise geringer ausgelastet sind, weil viele Kinder zur Schule gekommen sind und die Belegung sich dann erst wieder nach und nach aufbaut. Seines Erachtens werde die Ver-

waltung Ende Februar ziemlich sicher sagen können, wie sich die Änderung des KiFöG finanziell ausgewirkt hat; ggf. müsste dann auch eine Anpassung der Beitragssatzung erfolgen.

Die Anfrage, die Stadtrat Gunter Ranzinger gestellt habe, bezog sich mehr darauf, welchen Betreuungsbedarf die Eltern für ihr Kind angemeldet haben. Der Bedarf musste bis zum 01.08. gemeldet werden. Dass zu den finanziellen Auswirkungen im Oktober noch keine Aussagen getroffen werden könne, das sei nachvollziehbar.

Wie bereits erwähnt, gebe es jedes Jahr die Situation, dass zu Beginn des Schuljahres eine vergleichsweise geringe Auslastung der Einrichtungen zu verzeichnen sei, weil Kinder, die ins schulpflichtige Alter gekommen sind, im Juli ausscheiden aus den Kindertagesstätten und die Schule besuchen, so Dezernent Otto. Die Belegung in den Einrichtungen erhöht sich dann von Monat zu Monat, bis dann im Mai/Juni die Einrichtungen voll ausgelastet sind. Deshalb habe die Verwaltung zu Beginn eines Schuljahres in den Kindertagesstätten vergleichsweise nur vage Zahlen. Diese könne die Verwaltung benennen, aber das ist dann für die gesamtjährliche Auslastung und für die finanziellen Auswirkungen noch nicht aussagekräftig.

Wenn es Erfahrungswerte der letzten Jahre gibt, könnte die Verwaltung nach Meinung von Stadtrat Gunter Ranzinger daraus auch eine gewisse Entwicklung ableiten.

Sollte es dem Ausschuss genügen, nur erst einmal über den Betreuungsbedarf vage informiert zu werden, dann könnte die Verwaltung dazu berichten, meint Dezernent Otto.

Nach Auffassung von Herrn Schiefer könnten jetzt zumindest Aussagen zum Hort getätigt werden. Hier könnte ein Vergleich September 2012 und September 2013 gezogen werden. Er wisse von seiner Tochter, jetzt 4. Klasse, die den Hort besucht, dass einige Eltern noch zwischen einer Betreuung 3 oder 4 Stunden schwanken.

Zu den Horten könne auf jeden Fall im Oktober eine Aussage getroffen werden. Dezernent Otto habe jedoch die Anfrage von Stadtrat Ranzinger so verstanden, dass es eben schon um die finanziellen Auswirkungen geht. Hier sollten sich alle in Erinnerung rufen, dass es bei den Horten ohnehin keine finanziellen Probleme gibt. Probleme gebe es eher im Kinderkrippen- und Kindergartenbereich. Von den Anträgen her, die er gesehen habe, könne er einschätzen, dass die Eltern, weil sie stundenmäßig wählen können, sehr bewusst wählen und das war seitens der Verwaltung auch bezweckt.

Stadtrat Gunter Ranzinger hinterfragt, ob sich Ausschussvorsitzender Mario Schumacher bereits mit Amtsleiterin Scherff abgestimmt habe.

Davon gehe Dezernent Otto aus. Er würde jetzt zusammenfassend für das Protokoll Folgendes festhalten wollen: Im Oktober nimmt die Verwaltung eine Auswertung zu den Horten im Rahmen des neuen KiFöG vor. Und für den Kinderkrippen- und Kindergartenbereich würde die Verwaltung Ende Februar/Anfang März berichten. Eine erste vage Einschätzung könne es im Zusammenhang mit der Auswertung für die Horte sicherlich geben, aber mehr sei zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich.

zu TOP 4 Vorstellung Stadtrezeption - BE: Katharina Luther und Gabriele Brusche

Abt.-Leiter Herr Zimmermann erinnert, dass im Jahr 2011 die kommunale Wirtschaftsförderung vor einer völlig neuen Aufgabenstellung im Hinblick auf die Entwicklung der Unternehmen stand. Es ging nicht mehr ausschließlich darum, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern Arbeitskräfte zu beschaffen. D.h., wenn es nennenswerte Betriebserweiterungen gegeben hat, hatten die Unternehmen durchaus Probleme qualifiziertes Personal zu bekommen. Darauf habe die Stadt zusammen mit den großen Unternehmen mit dem Projekt Haldensleben 2020 reagiert, das den Stadträten auch vorgestellt worden ist. Ein Kernprojekt, was originär auch gedanklich in der Verwaltung entstanden ist und seine Bestätigung durch die Unternehmen gefunden hatte, war das der Stadtrezeption. Die großen Unternehmen vor Ort haben eigene Personalabteilungen und sind sicherlich umfassend befähigt, auch aktiv nach Arbeitskräften, nach Fachkräften zu suchen. Es gibt aber auch kleinere Unternehmen, die in der Regel keine Zeit haben, aktiv nach Arbeitskräften/Fachkräften zu suchen. An dieser Stelle solle die Stadtrezeption eingreifen und sollte insbesondere auch den kleinen mittelständischen Unternehmen Beratungsangebote unterbreiten, wie man sich aktiver und erfolgreicher um entsprechende Fachkräfte bemühen kann. Des Weiteren müsse auch der Standort Haldensleben vermarktet werden. Dabei spielen sicherlich das Lohngefüge, aber auch die weichen Standortfaktoren eine Rolle. Die Stadtrezeption sollte von daher auch ein Serviceangebot bieten, denn von den benötigten Fachkräften werden sicherlich solche Fragen kommen: wie sieht die Schullandschaft in

Haldensleben aus, wie sieht es mit Kindertagesstätten aus, kann auch der/dem Partner/in ein Arbeitsplatz in Haldensleben angeboten werden, steht Wohnraum zur Verfügung usw. Das sind alles so Themen, die der potentielle Arbeitgeber sicher nicht befriedigen kann, aber das kann für den Arbeitgeber und für den Bewerber, entscheidend sein. Das waren so die Grundüberlegungen der Stadtrezeption. Die Umsetzung hat etwas länger gedauert. Die Stadt habe mit dem Projektpartner, dem RKW Sachsen-Anhalt, was das Projekt 2020 in Haldensleben seit langem mit begleitet und betreut, ein Konzept erarbeitet und dieses wurde vom RKW beim Ministerium für Arbeit und Soziales in Magdeburg eingereicht. Im ersten Anlauf ist das Konzept aufgrund einer etwas falschen Schwerpunktsetzung abgelehnt worden. Es wurde aber signalisiert, dass die Idee begrüßt wurde, vor allem vor dem Aspekt des demographischen Wandels, wo man händeringend auch nach neuen wegweisenden Konzepten sucht. Nachdem das Konzept überarbeitet eingereicht wurde, wurde diesem so zugestimmt. Seit dem 01.08. ist die Stadtrezeption nun im Innovationszentrum verortet. Betonen möchte er abschließend, dass die Stadt bei diesem Projekt nicht Fördermittelempfänger ist, sondern dass das RKW im Wege eines Betrauungsaktes diese Maßnahme mit der Stadt Haldensleben als örtlichen Kooperationspartner durchführt.

Frau Luther, Mitarbeiterin der Stadtrezeption, trägt vor, dass sie das Projekt „Stadtrezeption Haldensleben“ im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt durchführen, gefördert aus Mitteln des ESF (Europäischer Sozialfonds) und aus Mitteln des Landes. Träger des Projektes ist RKW, mit der Stadt Haldensleben gibt es eine Kooperationsvereinbarung. Sie sind nicht für das RKW, sondern für die Stadt Haldensleben tätig. So verstehen Frau Brusche und sie ihren Arbeitsauftrag. Sie sehen sich als Schnittstelle zwischen Kommune, Wirtschaft und den zukünftigen Fachkräften, die sie gewinnen wollen. Die Stadtrezeption sei eine Art „Willkommensagentur“. Den Bewerbern und Fachkräften, die noch etwas hadern, wollen sie die Vorzüge von Haldensleben nahebringen und die Möglichkeiten, die es in Haldensleben gibt, aufzeigen. Dem Ministerium sei es auch wichtig, sich der Akquise von ausländischen Fachkräften gegenüber zu öffnen. Auf Messen und in Kooperation mit anderen Initiativen wie z.B. dem Fachkräfteportal „Pfiff“ solle versucht werden, auch ausländische Fachkräfte nach Haldensleben zu bekommen. Das bedarf aber immer der Absprache mit den Unternehmen. Sie wollen auch Maßnahmen ergreifen und kommunizieren, dass Haldensleben ein attraktiver Wohn- und Lebensstandort ist, nicht nur zum Arbeiten. Sie wollen auch als Schnittstelle zwischen der Stadt Haldensleben und den Unternehmen fungieren. bieten die Vorortberatung für die Unternehmen an, wobei sie den Fokus auf die klein- und mittelständigen Unternehmen gelegt haben. An aktuellen Aktivitäten sind geplant: Das Impulsgespräch am 19.09. , zu dem Unternehmen usw. zum Thema „Arbeitgeberattraktivität“ eingeladen wurden. Es soll ein Erfahrungsaustausch stattfinden, um voneinander zu lernen, um zu sehen, wo sind Schnittstellen, wo kann man sich gegenseitig unterstützen. Zudem wurde gemeinsam mit der MRT-GmbH eine Workshopreihe für Unternehmen ins Leben gerufen – ebenfalls zu dem zum Thema „Arbeitgeberattraktivität“ oder auch „Standortattraktivität“. Dieses Angebot an die Unternehmen ist auch kostenfrei. Im Oktober werden sie auf der Messe New Welcome, die in Magdeburg stattfindet und die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales initiiert wird, zugegen sein. Weiterhin sei es geplant, sich mit dem Projekt „Stadtrezeption“ am Demografiepreis 2013 zu beteiligen.

Frau Brusche ergänzt, dass durch die Mitarbeiter der Stadtrezeption noch ergründet werden müsse, was die tatsächlichen Bedürfnisse der Unternehmen sind, was wird benötigt, was nicht, was ist sinnvoll, was nicht. Zudem solle in diesem Jahr konzeptionell überlegt werden, wie kann man die Stadtrezeption auch nach dem 30.04. weiterhin sinnvoll führen, da das Projekt nur bis zu diesem Zeitpunkt bewilligt ist.

Es sei beider Anliegen, so Frau Luther, dass das Projekt mit finanzieller Beteiligung der Unternehmen dann weiter geführt werden kann und dass beide Stellen der Stadtrezeption durch Mitarbeiter aus Haldensleben besetzt werden. Frau Brusche und sie kommen vom RKW und werden nach dem 30.04. Haldensleben wieder verlassen. In Großstädten wie z.B. Hamburg, gibt es derartige „Willkommensagenturen“ und es wäre schön, auch für Haldensleben so ein Alleinstellungsmerkmal zu schaffen und sich mit diesem Serviceangebot von anderen Städten abzugrenzen.

Stadtrat Hermann Ortlepp interessiert, ob Frau Luther und Frau Brusche nur vor Ort im Innovationszentrum hinter dem Tresen stehen und warten, dass jemand sie aufsucht oder ob sie auch aktiv werden und auf die Firmen/Unternehmen zugehen und sich erkundigen, ob es Probleme gibt.

Sowohl als auch. Z.B. haben sie ein Unternehmen aufgesucht, das den Service, den die Stadtrezeption anbietet, noch nicht kannte. Das Unternehmen wolle bei Bedarf gern darauf zurückkommen, erwähnt Frau Luther.

Frau Brusche fügt hinzu, dass sie versuchen, die Unternehmen regelmäßig anzuschreiben und dass die Unternehmen aufgefordert werden, mit der Stadtrezeption zu kommunizieren, um herauszufinden, welchen Bedarf die Unternehmen haben. In der letzten Woche wurde eine Art News Letter verschickt, indem die beiden Veranstal-

tungen (Impulsgespräch und der Messeauftritt in Magdeburg) vorgestellt werden.

Wie kommt die Kommunikation mit den Arbeitssuchenden zustande - durch die ARGE oder wie wird ein potentieller Arbeitssuchender vermittelt, interessiert Ausschussvorsitzenden Mario Schumacher.

Vertreter von der Arbeitsagentur waren bei der Auftaktveranstaltung zugegen. Es werde versucht, verschiedene Wege zu eruieren, was wirkt und was nicht, antwortet Frau Luther.

Da das Projekt befristet ist, stellt sich für Stadtrat Hermann Ortlepp die Frage, was wird dann aus der Stadtrezeption, werden Kosten auf die Stadt zukommen?

Dezernent Otto erklärt, dass von Anfang an die Diskussion mit den Großunternehmen dahingehend geführt wurde, so etwas wie die Stadtrezeption zu schaffen und das Interesse des Landes, das Projekt in der Anfangsphase zu begleiten, hat letztendlich dazu geführt, dass die Problematik nicht weiter vertieft werden musste, weil vom Land die Anschubfinanzierung gewährleistet ist. Und wenn sich der Service der Stadtrezeption bewährt, wolle man diese idealerweise auch weiterführen und weil davon alle profitieren, müsse es eine finanzielle Beteiligung der Unternehmen geben, die davon einen Nutzen haben. Das sei für die Unternehmen immer noch preiswerter, als wenn sie ihre Fachkräfte selbst gewinnen müssten. Bevor das Projekt im nächsten Jahr aufläuft, müsse man sich über die Finanzierung Gedanken machen.

Es werde jetzt mit der Besetzung von Frau Brusche und Frau Luther in der Stadtrezeption wesentlich abhängen, wie gut sie ihre Arbeit machen, wie sie die Stadtrezeption entwickeln, dass auch die Betriebe, die das bisher noch nicht so intensiv mit verfolgt haben, die Stadtrezeption als einen Wert schätzen werden und dann zukünftig finanziell mit unterstützen. Das ist die Zielstellung.

Herr Otto hatte am Wochenende ein Gespräch mit einem ortsansässigen Kleinunternehmer. Dieser beklagte, dass er schon sehr lange keine Auszubildenden mehr bekommt, es wird für ihn auch immer schwerer, Arbeitskräfte zu gewinnen. Er sieht sich eher in der Konkurrenzsituation. Die Fachkräfte gehen zu IFA, er hat als Kleinunternehmer keine Chance. Die Stadtrezeption wäre für solche Unternehmen dann hilfreich.

Zu den Kosten nach dem 30.04. sei zu sagen, dass die Stadt die Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, aber die personellen Kosten müssen vor allem von den Unternehmen getragen werden.

Auf die Frage von Stadtrat Gunter Ranzinger, wie viele Unternehmungen zum Informationsgespräch am 19.09. kommen werden, antwortet Frau Luther, dass die 4 Partner jeweils 5 bis 6 Unternehmen akquirieren sollten. Die Einladungen sind verschickt. Es wurde erst einmal auf den Pool zurückgegriffen, der auch bei der Auftaktveranstaltung zugegen war, aber man müsse weitere Unternehmen gewinnen, Gespräche führen und herausfinden, welche Interessen die Unternehmen haben.

Stadtrat Gunter Ranzinger merkt an, dass es z. B für bestimmte Handwerksberufe schon gar kein Interesse mehr gibt.

Kann man davon ausgehen, dass sich das Land auch weiterhin finanziell beteiligt, fragt Ausschussvorsitzender Mario Schumacher.

Das werde davon abhängen, wie überzeugend die Stadtrezeption arbeitet, so Dezernent Otto. Das Land konnte erst einmal nur für diesen Zeitraum eine Bewilligung aussprechen, weil EU-Mittel eingesetzt werden und die EU-Förderphase laufe im nächsten Jahr aus. Danach gibt es wieder einen 7-Jahres-Haushalt und dann müsse man sehen, wie die rechtlichen Vorgaben der EU sind; erst danach könne das Land handeln. D.h., für 2014/15 werde man regional eine Lösung finden müssen, indem die Unternehmen sich finanziell beteiligen.

Herr Scholtz hinterfragt, worin sich die Arbeit der Stadtrezeption und der Arbeitsagentur unterscheidet, wenn Arbeitskräfte vermittelt werden. Bestehe da nicht eine Wettbewerbssituation? Wenn er Arbeitnehmer wäre und in Haldensleben eine Tätigkeit suche, würde er sich an die Firmen direkt wenden und bei der Arbeitsagentur sei er ohnehin gemeldet.

Es hat bereits durch die Arbeitsagentur eine Anfrage von einer jungen Dame bei der Stadtrezeption gegeben, teilt Frau Luther mit. Die Dame stehe zwar noch im Arbeitsverhältnis, wolle aber wieder nach Haldensleben zurückzukommen. Die Arbeitsagentur ist in dem Sinne auch kein Dienstleister, die Stadtrezeption schon.

Die Arbeitsvermittlung sei nicht originär Aufgabe der Stadtrezeption, erklärt Abt.-Leiter Zimmermann. Beispielsweise möchte Herr X bei IFA anfangen. Seine Freundin möchte auch gern mit nach Haldensleben ziehen und sucht auch eine Beschäftigung. Arbeitsagentur und Stadtrezeption sehen sich nicht als Konkurrenz. Die Stadtrezeption könne und wolle mit der Arbeitsagentur durchaus zusammenarbeiten.

Dass Unternehmen Arbeitskräfte über die Arbeitsagentur suchen, sei veraltet. Die Unternehmen brauchen Arbeitskräfte, die sie über die Arbeitsagentur nicht bekommen und sie versuchen diese überregional zu gewinnen. Und wenn sie ihre gesuchte Fachkraft gefunden haben, müssen sie überzeugen können, dass es sich lohnt, von beispielsweise Friedrichshafen am Bodensee nach Haldensleben am Rande der Börde zu ziehen. Nicht nur der Arbeitsplatz sei das Entscheidungskriterium, sondern viel mehr auch die weichen Standortfaktoren, merkt **Dezernent Otto** an.

Ausschussvorsitzender **Mario Schumacher** fasst abschließend zusammen, dass die Ausschussmitglieder einen Einblick über das Betätigungsfeld der Stadtrezeption bekommen haben und aus welchen Mitteln sie gegenwärtig finanziert wird. Wie es **Dezernent Otto** bereits dargelegt hat, werden sich im nächsten Jahr die Unternehmen finanziell beteiligen müssen, wenn das Serviceangebot der Stadtrezeption weiter geführt werden soll.

zu TOP 5 Mitteilungen

5.1. **Amtsleiterin Wendler** teilt mit, dass es planmäßig vorgesehen war, den Haushalt in der kommenden Sitzung zu behandeln. Aufgrund längerer Krankheit ihrerseits könne die Terminplanung für den Haushaltsplan so nicht aufrechterhalten werden. Die Terminplanung diesbezüglich müsse noch einmal überarbeitet werden. Es ist davon auszugehen, dass der Haushalt erst im Januar zur Beschlussfassung im Stadtrat vorgesehen wird.

Es sollte trotzdem an dem geplanten Termin 24.09. festgehalten werden. Dazu werde **Dezernent Otto** im nichtöffentlichen Teil noch etwas sagen.

5.2. **Dezernent Otto** setzt die Ausschussmitglieder davon in Kenntnis, dass nach wie vor noch keinem Bescheid für die Grundschule „E. Kästner“ vorliege, weder ein vorzeitiger Maßnahmebeginn noch der eigentliche Bescheid.

Der **TOP 6** entfällt, es liegen im öffentlichen Teil keine Anfragen vor und es werden keine Anregungen gegeben.

Mario Schumacher
Ortsbürgermeister

Protokollführer